

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 25 (1984)
Heft: 21

Artikel: Europäer in der Pflicht : Portugal und die EG
Autor: Baumgartner, Jacques
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094626>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Portugal und die EG

Europäer in der Pflicht

Als noch die Rechtsdiktatur der «sanften Gewalt» herrschte, tat sich vor allem Westeuropa darin hervor, die Portugiesen politisch zu prügeln und das «Armenhaus Europas» anzuprangern. Heute, da das Land eine Demokratie nach westlichem Verständnis ist, die Portugiesen bitter für die «Irrtümer» der unerfahrenen Politiker der nachrevolutionären Zeit bezahlen müssen, das Armenhaus noch ärmer geworden ist und dringendst Hilfe brauchen würde, winden sich die Westeuropäer erneut. Um genau zu sein: die Europäische Gemeinschaft (EG).

Schon sieben Jahre ziehen sich die Verhandlungen über einen Beitritt Portugals (und Spaniens) in die Gemeinschaft hin. Auch die jüngste Verhandlungsrunde in Luxemburg zu Oktoberanfang brachte nur geringfügige Fortschritte.

EG versagt

In Lissabon (und Madrid) ist die Verbitterung gross, und sie wächst. Den zehn EG-Mitgliedstaaten gelinge es nicht, ihre eigene Verhandlungsposition untereinander abzustimmen. Deshalb müssten die beiden iberischen Länder so lange warten, wird in beiden Hauptstädten geklagt. Portugal und Spanien streben den Beitritt auf den 1. Januar 1986 an, aber das bisherige Schnecken tempo bei den Verhandlungen lässt Zweifel aufkommen, ob der Termin eingehalten werden kann, und dabei drängt die Zeit... in Portugal läuft sie schon beinahe ab.

Schlüsselprobleme bei den Verhandlungen sind unter anderem der Abbau der hohen spanischen Einfuhrzölle, die Drosselung der Olivenölherzeugung, die Sozialleistungen für Familien von Fremdarbeitern. Bis anhin konnte die EG nur mit einem nennenswerten Angebot aufwarten: Portugal dürfe unter Lomé-Abkommen jährlich 70 000 Tonnen Rohrzucker aus Afrika einführen!... Die Spanier gingen hingegen leer aus – ausser die Bemerkung der Briten, dass nämlich in «verschiedenen Kernproblemen» nur noch «einzelne Regierungen» die Ei-

nigung innerhalb der Gemeinschaft verhindern, gereiche ihnen zum Trost.

Aber selbst wenn beispielsweise Griechenland dazu gebracht werden könnte, die Notwendigkeit einzusehen, weniger Olivenöl zu erzeugen, oder Frankreich ähnlich entgegenkommend in bezug auf Industriezölle wäre, so blieben immer noch (Beitritts-)Probleme, deren Lösung für die Gemeinschaft in weiter Ferne liegt. Es geht um Wein und Fisch.

Wenn der Beitrittstermin eingehalten werden soll, so müssen sämtliche Verhandlungen innerhalb der nächsten Wochen erfolgreich abgeschlossen werden. Nicht dass das unmöglich wäre, aber es dürfte noch schlimmer kommen, bevor es besser wird.

KP wittert Morgenluft

In Portugal steht es schlimm. Mit dem Sturz der Rechtsdiktatur durch die Bewegung der Streitkräfte (Movimento das Forças Armadas/MFA) am 25. April 1974 waren die Portugiesen zu neuen Ufern aufgebrochen. Es war ein Gratwandern, das beinahe in einen neuerlichen Abgrund, jenen einer kommunistischen Linksdiktatur, geführt hätte. Aber gerade mit dem Versprechen, das Land nach «Europa zu führen», gewann 1976 Mario Soares die Wahlen und stoppte so die marxistischen Militärs und die prosovjatischen Kommunisten. Der damalige und heutige sozialistische Ministerpräsident hatte auf raschen Beistand der EG und baldige

Aufnahme Portugals in die Gemeinschaft gehofft und gesetzt.

Die Hoffnungen wurden bisher enttäuscht, derweil das Land in immer grössere Armut absackte. Unfähige Regierungen, endloses Palaver der portugiesischen Politiker und Parteien trugen ebenfalls zur Misere bei wie auch die sogenannte wilde Revolutionsphase... und eine Verfassung, die Portugal auf den «Weg in den Sozialismus, in die klassenlose Gesellschaft» verpflichtete. Es war ein Weg ins Bodenlose, in den Fast-Staatsbankrott.

Durchschnittlich werden heute in Portugal die niedrigsten Stundenlöhne im europäischen Vergleich bezahlt, nämlich umgerechnet etwa Fr. 3.50. Derzeit liegt die Arbeitslosigkeit bei 13,3 Prozent oder 600 000 Arbeitslosen; nur deren 67 000 können Arbeitslosengeld beziehen. Die Inflation steht bei 31,3 Prozent, und nach Angaben der Bank von Portugal sanken die Löhne bis Ende August um 15 Prozent im Vergleich zu 1983.

Es brauchte zehn Jahre – seit dem Umsturz –, bis eine (die fünfzehnte) Regierung in Lissabon ein umfangreiches Sparprogramm vorlegte. So soll in den nächsten vier Jahren der aufgeblasene Staatsapparat schrumpfen. Unrentable Staatsbetriebe werden abgestossen oder wieder reprivatisiert und das Steuersystem vereinfacht. Ausserdem müssen die staatlichen Banken (nationalisiert nach dem Umsturz) nun mit (wieder zugelassenen) privaten Geldinstituten wetteifern. Die Regierung will privates Unternehmertum mit günstigen Krediten fördern.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD/Paris) glaubt, dass Portugal über den Berg kommen wird, sofern die Regierung am drastischen Sparen, an der Politik der Währungs- und Finanzzurückhaltung festhalten kann. Aber vorerst wird es für den einzelnen Portugiesen noch bedrückender werden. Es ist Tatsache, dass heute in Teilen Portugals gehungert wird. Zu mitternächtlicher Stunde spielt sich in mancher Gasse Lissabons ein erschreckendes Schauspiel ab: Zuhaut Mensch, die in Abfallsäcken und Kehrlichtcontainern nach Essbarem wühlen...

Schlimm betroffen ist die Industrie- und Hafenstadt Setubal. Um die grösste Not zu lindern, stellte die Regierung der lokalen Fürsorge 1,8 Millionen Franken zur Verfügung. In Setubal, das von einem kommunistischen Stadtrat regiert wird, wehen schwarze Flaggen als Zeichen des Hungers. Die Kommunistische Partei wählte die Stadt zu ihrem Zentrum einer landesweiten Kampagne gegen die Koalitionsregierung aus Sozialisten und Sozialdemokraten von Mario Soares. Letztlich ist das Ziel dieses «Feldzuges» der Sturz der Regierung.

Die soziale Unrast verschärft sich. Wie lange wird die Regierung dem steigenden Druck standhalten können? Nach Mario Soares wäre die EG-Mitgliedschaft ein Lebensretter für Portugal und für die Demokratie. Je länger EG-Europa zögert (oder palavert), um so enger wird der politische Manövrierraum für die Regierung in Lissabon. *Jacques Baumgartner*